

Wie soll die Informationsgesellschaft finanziert werden?

Position von comunica-ch zur Finanzierung der Informationsgesellschaft für den zweiten Vorbereitungsausschuss (PrepCom) des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft (WSIS, Genf, 17.-25. Februar 2005)

1. ANALYSE DES BERICHTS DER TASK FORCE ON FINANCIAL MECHANISMS TFFM

1. Zentrales Paradigma

Die anlässlich der ersten Phase des Weltgipfels über die Informationsgesellschaft (WSIS, Genf, Dezember 2003) beschlossene und von UN-Generalsekretär Kofi Annan eingesetzte Task Force on Financial Mechanisms (TFFM) hat ihren Bericht vorgelegt. Dem Bericht liegt ein zentrales Paradigma zugrunde, das zu keinem Zeitpunkt Gegenstand einer historischen Distanzierung ist. Gemäss dem Paradigma muss die Überwindung der digitalen Kluft im Wesentlichen auf einer Liberalisierung des Telekommunikationssektors sowie auf den Privatsektor privilegierenden Mechanismen beruhen. Privatisierung der Betreiber, Errichtung unabhängiger Regulierungsorgane, Öffnung gegenüber der Konkurrenz, Förderung ausländischer Direktinvestitionen sind die Lösungen dieser Vision, in der die Hauptrolle der Staaten darin besteht, günstige Rahmenbedingungen für die Errichtung konkurrenzfähiger Märkte zu schaffen.

2. Internationale Zusammenarbeit

Der Bericht der TFFM sieht nur da andere Finanzierungsmechanismen vor, wo es dem Markt nicht gelingt, Ressourcen und Investitionen zu mobilisieren. Er räumt ein, dass Finanzierungen fehlen oder unzureichend sind, um Folgendes zu gewährleisten:

- ◆ Zugang zu festen, mobilen und EDV-Kommunikationsmitteln für ländliche Gebiete, abgelegene Inseln und benachteiligte Bevölkerungsgruppen;
- ◆ Schulung zur Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) in Schulen, aber auch in öffentlichen Verwaltungen;
- ◆ Gestaltung von Inhalten in lokalen Sprachen, Programme für Analphabeten oder für die Entwicklung (Gesundheit, Ausbildung, lokale Wirtschaft, usw.).

Die TFFM hat jedoch Mühe, aus diesen Beobachtungen klare Schlussfolgerungen zu ziehen. Sie beschränkt sich auf eine Reihe strategischer, politischer und wirtschaftlicher Empfehlungen, die an die Regierungen der Entwicklungsländer gerichtet sind. Es sind Vorschläge, welche die Politiken der Geberländer und die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft nicht berücksichtigen. Die TFFM empfiehlt den Entwicklungsländern in der Tat, die Mobilisierung der nationalen Ressourcen zu fördern, Mikrokreditsysteme oder Systeme zur Unterstützung der kleinen und mittleren lokalen Unternehmen zu entwickeln, bzw. die IKT in die nationalen Armutsbekämpfungsstrategien (PRSP) einzubeziehen.

Im Bereich der internationalen Zusammenarbeit beschränkt sich der Bericht darauf, auf die Millenniums-Deklaration und den Konsens von Monterrey zu verweisen, ohne zu präzisieren, was dies in Bezug auf internationale Finanzierungen bedeutet oder impliziert. Er übergibt die Frage, ob in der öffentlichen Entwicklungshilfe noch Mittel für Information und Kommunikation bestehen, oder ob diese Ressourcen erhöht bzw. umorientiert werden sollten.

3. Neue Finanzierungsmechanismen

comunica-ch hält auch die Analysen und Schlussfolgerungen des Berichts der TFFM zur Frage der neuen Finanzierungsmechanismen für unbefriedigend. Laut den offiziellen Texten des

Gipfels bestand der Auftrag der TFFM darin, eine Evaluation der bestehenden Mechanismen vorzunehmen, jedoch mit folgender Anmerkung: "Unter Berücksichtigung ihrer Schlussfolgerungen werden Verbesserungen und Innovationen betreffend die Finanzierungsmechanismen, insbesondere die Effizienz, die Machbarkeit und die Einsetzung eines digitalen Solidaritätsfonds ins Auge gefasst, der aus freiwilligen Beiträgen gespeist wird, wie in der Grundsatzklärung aufgeführt" (Aktionsplan, Absatz 27 f).

Beim derzeitigen Stand kann der Bericht der TFFM somit nicht als Grundlage für eine politische Diskussion über die innovativen Möglichkeiten zur Finanzierung der Informationsgesellschaft dienen. Die Debatte wurde abgeschlossen, bevor sie noch begonnen hat, da die TFFM nicht einmal eine wirkliche Analyse des senegalesischen Vorschlags unternommen hat, einen digitalen Solidaritätsfonds zu schaffen.

II. VORSCHLÄGE UND FORDERUNGEN

In Anbetracht dieser Lücken im Bericht der TFFM richtet die Koalition der schweizerischen Zivilgesellschaft comunica.ch vier Hauptforderungen an die Schweizer Regierung:

1. Finanzierungsmechanismen

comunica-ch fordert die Regierung und die offizielle schweizerische Delegation am WSIS auf, sich dafür einzusetzen, dass vor dem Gipfel in Tunis zusätzliche Arbeiten durchgeführt werden. Diese sollten es erlauben, zu einer wirklichen Evaluation und zu einem internationalen politischen Konsens bezüglich der erforderlichen finanziellen Mittel zur Verringerung der digitalen Kluft zu gelangen. Sie sollten eine genaue Einschätzung folgender Daten ermöglichen:

- ◆ notwendige Beträge für den Aufbau der in der Erklärung von Genf beschriebenen Informationsgesellschaft von morgen;
- ◆ Anteil, der durch internationale öffentliche Finanzierungen und durch die öffentliche Entwicklungshilfe zu decken ist.

2. Öffentliche Entwicklungshilfe

comunica-ch bittet die Schweizer Regierung, sich dafür einzusetzen, dass eine transparente Debatte

im Rahmen des WSIS über die Kohärenz der internationalen Politiken im Bereich der Entwicklungsfinanzierung durchgeführt wird. Nach Ansicht von comunica-ch bleibt nämlich in der traditionellen öffentlichen Entwicklungshilfe (APD) kein Geld mehr, um eine Verringerung der digitalen Kluft zu finanzieren. Dies aus mindestens zwei Gründen:

- ◆ Stagnation der Hilfe: Mit 68 Milliarden Dollar im Jahr 2003 macht die öffentliche Entwicklungshilfe der OECD-Staaten heute eine Summe aus, die dem Betrag von Anfang der 90er Jahre nahe kommt;
- ◆ Ausmass der Bedürfnisse: Die internationale Gemeinschaft würde zusätzliche 50 Milliarden Dollar im Jahr benötigen, um die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. Diese von der Mitgliedsstaaten der UNO im Jahr 2000 verabschiedeten Ziele betreffen acht Prioritäten, darunter der Kampf gegen Hunger, extreme Armut, Kindersterblichkeit und Aids. Sie schliessen die Verringerung der digitalen Kluft nicht mit ein.

In diesem Kontext kann jegliche Finanzierung von Information und Kommunikation über die öffentliche Entwicklungshilfe nur durch eine einfache Verlagerung bestehender Ressourcen erfolgen und geht auf Kosten anderer Entwicklungsprioritäten. Eine solche Verlagerung stellt ausserdem eine zusätzliche Quelle der Instabilität für die Empfängerländer der Hilfe dar.

3. Neue Finanzierungsmechanismen

Auf *internationaler Ebene* ersucht comunica-ch die Schweizer Regierung, sich dafür einzusetzen, dass am WSIS eine Debatte über die Möglichkeiten neuer

Finanzierungsmechanismen für die Informationsgesellschaft erfolgt. Um die von der TFFM anerkannten Lücken zu finanzieren, müssen in der Tat neue Ressourcen gefunden werden. Diese sollten nicht aus anderen prioritären Entwicklungsbereichen abgezogen, sondern in der Informationsgesellschaft selbst aufgebracht werden. Mehrere Initiativen und Vorschläge in diesem Sinne wurden bereits im Rahmen der Internationalen Fernmeldeunion (Abgabe für die Nutzung des Orbitalraums), der UNESCO (Lizenz auf elektromagnetische Frequenzen), des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) oder auch in der Zivilgesellschaft (Abgabe auf die Domain-Namen) vorgebracht. Diese Ermittlungen sollten fortgesetzt werden, und die Frage sollte in die Debatten des WSIS einbezogen werden.

Auf *nationaler Ebene* fordert comunica-ch die Schweiz auf, mit gutem Beispiel voranzugehen, indem sie die Möglichkeiten abschätzt, die jährlichen Abgaben auf die Domain-Namen ".ch" zu kommerziellen Zwecken zu erhöhen. Die eingebrachten Beträge könnten teils für nationale Aktivitäten zur Verringerung der digitalen Kluft und teils für internationale Projekte gemäss einem festzulegenden Verteilungsschlüssel verwendet werden.

4. Digitaler Solidaritätsfonds

comunica-ch beklagt den Mangel an Details in der Arbeit der TFFM zum senegalesischen Vorschlag eines digitalen Solidaritätsfonds. Zu diesem Thema sollte eine offene Diskussion stattfinden, und die Schweizer Regierung sollte sich dafür einsetzen, dass die Debatte folgende Punkte berücksichtigt:

Mittelaufbringung:

- ◆ Der derzeitige Vorschlag, Fonds-Ressourcen mittels einem Beitrag der Unternehmen, die einen öffentlichen Auftrag zugesprochen bekommen (1% auf der Vertragswert), aufzubringen, ist interessant, sofern eine strenge und transparente Kontrolle der Verpflichtungen und des Erhebungsverfahrens erfolgt.
- ◆ comunica.ch widersetzt sich jeglichem System zur Erteilung eines Gütesiegels an Unternehmen nach der Art "digitale Solidarität". Ein solches System ist unnützlich, kostspielig und für die Initiativen des Fairen Handels diskreditierend.

Gouvernanz:

- ◆ Der Privatsektor und die kommunalen Körperschaften sollten durch ihre Dachorganisationen und nicht individuell (Unternehmen oder Stadt) vertreten sein, um Interessenkonflikte zu vermeiden;
- ◆ Die Statuten des digitalen Solidaritätsfonds sollten eine effektive Beteiligung der Zivilgesellschaft, von Vertretern der Länder des Südens und Vertretern "der Nutzniesser" in den Organen des Fonds, insbesondere im Stiftungsrat und im wissenschaftlichen Ausschuss gewährleisten. Die Beteiligung sollte durch eine effektive Unterstützung (Übernahme der Reisekosten, usw.) garantiert werden, um alternative Expertisen zu erlauben.

Projekte:

- ◆ Zur Auswahl und Betreuung der Projekte sollte der Fonds institutionelle Aussenstellen im Süden, ja sogar ein Sekretariat im Süden einrichten, um die Süd-Süd-Zusammenarbeit zu fördern. Die Ausschreibungsverfahren für die Projekte sollten transparent sein und breit verteilt werden.
- ◆ Ein Expertisennetzwerk, das die Projekte begleiten und die Erfahrungen nutzbringend verwerten kann, sollte in die vom Fonds errichtete Struktur einbezogen werden.
- ◆ Technologische Neutralitätskriterien der Projekte sollten festgelegt werden.

Lausanne, Februar
2005